

Vertrag

zur Sammlung und Beförderung sowie tlw. Verwertung
von Sperrabfall im Landkreis Südwestpfalz



Landkreis
Südwestpfalz

Zwischen

der Kreisverwaltung Südwestpfalz
Unterer Sommerwaldweg 40-42
66953 Pirmasens

– im Folgenden Auftraggeber [AG] genannt –

und

– im Folgenden Auftragnehmer [AN] genannt –

wird folgender Vertrag geschlossen:

INHALT

BLOCK B - VERTRAG

§ 1	Vertragsgegenstand, Grundlagen	3
§ 2	Vertragslaufzeit	3
§ 3	Rahmenbedingungen	3
§ 4	Technisch-organisatorische Leistungsbeschreibung	4
§ 5	Pflichten des AN	12
§ 6	Rechte und Pflichten des AG	13
§ 7	Pflichtverletzungen des AN, Versicherung, Höhere Gewalt	13
§ 8	Entgelte	14
§ 9	Abrechnung	15
§ 10	Preisanpassung	15
§ 11	Vertragsänderungen, Rechtsnachfolge	17
§ 12	Sicherheit, Bürgschaft	18
§ 13	Vertragsstrafe	18
§ 14	Nachträgliche Unterbeauftragung	19
§ 15	Loyalitätsklausel	20
§ 16	Kündigung aus wichtigem Grund	20
§ 17	Kündigung wegen Rechtsverletzungen	21
§ 18	Salvatorische Klausel	21
§ 19	Schlussbestimmungen	21

ANLAGEN ZUM VERTRAG

Anlage 1:	Preisblatt
Anlage 2:	Besondere Vertragsbedingungen LTTG
Anlage 3:	Bürgschaftsurkunde
Anlage 4:	Allgemeine Rahmenbedingungen zur Leistungserbringung
Anlage 5:	Vereinbarung zur Auftragsdatenverarbeitung
Anlage 6:	Abfallsatzung und Gebührensatzung

BLOCK B - Vertrag

§ 1 Vertragsgegenstand, Grundlagen

- (1) Der AG beauftragt den AN mit der vertragsgegenständlichen Leistung.
- (2) Die für den AG geltenden Satzungen in der jeweils geltenden Fassung und die vollständigen, dem AN vorliegenden Vergabeunterlagen, sind Bestandteile dieses Vertrages.
- (3) Soweit dieser Vertrag keine entgegenstehenden Vereinbarungen beinhaltet, sind
 - das Angebot des AN vom _____¹ nebst Anlagen und
 - die übrigen Vergabeunterlagen nebst Anlagen ergänzend heranzuziehen.

In Zweifelsfällen ist für die Auslegung des Vertrages der in den gesamten Vergabeunterlagen zum Ausdruck gekommene Wille des AG ausschlaggebend. Als Widerspruch gilt nicht, wenn in den Vergabeunterlagen oder im Vertrag jeweils Nebenpflichten einer Vertragspartei begründet sind, die im jeweils anderen Dokument fehlen.

- (4) Sämtliche Leistungen müssen unter Beachtung der gesetzlichen Vorschriften und Regelungen erfolgen. Es wird besonders auf die Einhaltung der für den AN gültigen berufsgenossenschaftlichen Regelungen hingewiesen.
- (5) Weiter liegen dem Vertrag zu Grunde:
 - Verordnung über die Vergabe öffentlicher Aufträge (Vergabeverordnung – VgV –),
 - Gesetz gegen Wettbewerbsbeschränkungen (GWB),
 - die Vergabe- und Vertragsordnung für Leistungen – Teil B –, Allgemeine Vertragsbedingungen für die Ausführung von Leistungen (VOL/B),in der jeweils zum Zeitpunkt der Veröffentlichung dieser Ausschreibung geltenden Fassung.
- (6) Bei etwaigen Widersprüchen vertraglicher Regelungen zu solchen der VOL/B gehen die Regelungen der VOL/B vor.
- (7) Anderslautende Geschäfts-, Liefer- oder Zahlungsbedingungen des AN werden nicht Bestandteil dieses Vertrages.

§ 2 Vertragslaufzeit

- (1) Der Vertrag beginnt am 01.01.2027 und hat eine Laufzeit von zwei Jahren. Der AG kann durch einseitige schriftliche Erklärung gegenüber dem AN, die bis 3 Monate vor Vertragsende zugegangen sein muss, den Vertrag einmalig um ein weiteres Jahr zu unveränderten Bedingungen verlängern (Verlängerungsoption). Die Beauftragung endet somit spätestens zum 31.12.2029.
- (2) Während der Vertragslaufzeit ist eine Kündigung ausgeschlossen, sofern dieser Vertrag nichts Gegenteiliges regelt.

§ 3 Rahmenbedingungen

- (1) Die ergänzenden Angaben zu Rahmenbedingungen der Leistungserbringung sind diesem Vertrag als Anlage beigelegt.

¹ Wird gemäß Angebot des AN ergänzt.

- (2) Die Mengenangaben in den Preisblättern basieren auf Prognosen. Darüber hinaus liegen dem AG keine Erkenntnisse vor, die - abgesehen von den typischerweise auftretenden Schwankungen - eine wesentliche Änderung in den Mengengerüsten erwarten lassen. Der AN hat darüber hinaus die Möglichkeit, sich anhand der Angaben in den Anlagen selbst ein Bild des zukünftigen Gesamtszenarios zu machen. Mögliche Abweichungen der tatsächlichen Gewichtsmengen oder sonstigen Leistungsannahmen zu den Mengenaufkommen der Vergangenheit oder den vom AN selbst zu Grunde gelegten eigenen Prognosen oder den in den Preisblättern angegebenen Mengengerüsten bzw. sonstigen Leistungsannahmen allein berechtigen keinen der Vertragspartner dazu, eine Anpassung der Vergütung zu verlangen. Keinesfalls berechtigen Mengenabweichungen gegenüber den Angaben in den Preisblättern in einem Korridor von +/- 20 % die Vertragspartner zu einem Entgeltanpassungsverlangen. Diese Mengenschwankungen hat der AN auf jeden Fall in seine Angebotspreise einzukalkulieren. § 2 Nr. 3 VOL/B bleibt unberührt. Mengenabweichungen außerhalb des Korridors von +/- 20 % begründen dann einen Anspruch des einen Vertragspartners gegen den jeweils anderen Vertragspartner auf eine Anpassung der Entgelte, wenn die Mengenveränderung nachweislich die Kostenstruktur des AN wesentlich beeinflusst. Die Führung des Nachweises obliegt derjenigen Vertragspartei, die eine Entgeltanpassung begehrt.
- (3) Sollten nach Vertragsabschluss gesetzliche Vorschriften eingeführt, abgeschafft oder geändert werden, die die Leistungserbringung oder Teile der Leistungserbringung wesentlich beeinflussen, so hat jeder Vertragspartner Anspruch auf eine Anpassung der Entgelte ab dem Wirksamwerden einer der vorbezeichneten Maßnahmen. Der Umfang der Anpassung richtet sich danach, wie sich diese Maßnahme auf die Leistungen des AN nach diesem Vertrag auswirken. Ausgenommen hiervon sind Steuern von Einkommen und Ertrag, wie z. B. Körperschaftsteuer, Solidaritätszuschlag und Gewerbeertragssteuer, sowie zum Zeitpunkt der Angebotslegung erkennbare Kosten wie z. B. Mautgebühren für die Nutzung entsprechender Verkehrswege.

§ 4 Technisch-organisatorische Leistungsbeschreibung

(1) Begriffsdefinitionen

- (1.1) Die gesamte vertragsgegenständliche **Sperrmüll-Fraktion** setzt sich zusammen aus der Fraktion Holz-Sperrmüll (Altholz) sowie der Mischfraktion Rest-Sperrmüll. Die Leistungen beziehen sich somit auf die Abfälle der Abfallschlüsselnummer 20 03 07 (Abfallbezeichnung: Sperrmüll) und auf die Abfallschlüsselnummer 20 01 38 (Abfallbezeichnung: Holz mit Ausnahme desjenigen, das unter 20 01 37* fällt) gemäß der Verordnung über das Europäische Abfallverzeichnis (Abfallverzeichnis-Verordnung - AVV) vom 12. Dezember 2001, BGBl. Teil I, S. 3379, die zuletzt durch Artikel 1 der Verordnung vom 30. Juni 2020 (BGBl. I S. 1533) geändert worden ist.
- (1.2) Die Fraktion **Holz-Sperrmüll (Altholz)** beinhaltet u. a. Schränke, Regale, Truhen, Tische, Stühle, Schreibtische, Sprungrahmen sowie weitere verleimte und massive Möbel- und Holzteile. Es handelt sich um Altholz der Kategorie A I bis III.
- (1.3) Unter **Rest-Sperrmüll** sind u. a. sperrige Abfälle aus überwiegend Kunst- und Verbundstoffen, wie z. B. Bettroste, Matratzen, Polstermöbel, Koffer, Teppiche, Wäschekörbe, Wäscheständer, Federbetten etc. zu verstehen.
- (1.4) Die **Sammlung** umfasst alle Leistungen, die ein Sammelfahrzeug ausführt, um die vertragsgegenständliche Sperrmüll-Fraktion aufzunehmen. Eingeschlossen sind somit die Anfahrt in das Sammelgebiet, das Aufnehmen der Abfälle, das Einladen in das entsprechende Sammelfahrzeug sowie die Zwischenfahrten von Bereitstellplatz zu Bereitstellplatz.

- (1.5) Die **Beförderung** umfasst alle Leistungen der Raumüberwindung nach Abschluss der Sammlung zum Beförderungsziel bzw. zur Entladestelle, das Abladen dort einschließlich sämtlicher Leerfahrten zurück
- (1.6) Unter **Stoffstromtrennung** ist hier die hochwertige Trennung der Sperrmüll-Fraktion in die Fraktionen Rest-Sperrmüll sowie Holz-Sperrmüll (Altholz) zu verstehen.
- (1.7) Der Begriff der **Entsorgung** umfasst sowohl die Verwertung als auch die Beseitigung von Abfällen. Im Folgenden bzw. im Vertragskontext wird der Begriff Verwertung jedoch synonym mit dem Begriff Entsorgung verwendet.

(2) **Allgemeine Vorgaben und Restriktionen zur Leistungserbringung**

(2.1) **Verkehrliche Restriktionen und Vorgaben**

Ausdrücklich hingewiesen wird darauf, dass es in verschiedenen Kommunen die Platzverhältnisse (Straßenbreite, Durchgangshöhe von Unterführungen etc.) nicht zulassen, bestimmte Straßenzüge mit Fahrzeugen zu befahren, die die Breite und/oder Höhe eines herkömmlichen LKW überschreiten. Im Übrigen können zeitliche Einschränkungen bei der Sammlung und Abfuhr aus regionalen Märkten und Festveranstaltungen resultieren. Behinderungen durch den fließenden oder ruhenden Verkehr sowie durch Sackgassen sind nicht auszuschließen.

Des Weiteren gibt es im Entsorgungsgebiet eine Reihe von Aussiedlerhöfen bzw. Grundstücken außerhalb bebauter Ortslagen. Diese müssen ebenfalls regelmäßig von den Sammelfahrzeugen angefahren werden. Nur eine geringe Anzahl der Grundstücke außerhalb bebauter Ortslagen kann nicht mit herkömmlichen Abfallsammelfahrzeugen angefahren werden. Die Bewohner dieser Grundstücke stellen die Abfälle an der nächsten erreichbaren Stelle zur Abfuhr bereit. Weitere Hinweise zu abgelegenen Grundstücken bzw. Grundstücken außerhalb bebauter Ortslagen sind gängigen u. a. im Internet für jeden zugängigen Kartenmaterialien zu entnehmen.

Der AN muss seine Aufgaben gleichwohl ohne Einschränkung für den Bürger und die Verwaltung erfüllen und hat die örtlichen Verhältnisse in seiner Kalkulation zu berücksichtigen. Es sind regelmäßig alle an die Abfallentsorgung angeschlossenen Grundstücke anzufahren und ordnungsgemäß zu entsorgen. In Einzelfällen sind die Abfallfraktionen in Stichstraßen und/oder Sackgassen die durch die Sammelfahrzeuge nicht befahrbar sind (z. B. durch Verbot des Einfahrens der Fahrzeuge rückwärts), zum Fahrzeug heranzuziehen und in die Fahrzeuge einzugeben. Der AN hat sich bezüglich der örtlichen Gegebenheiten selbst ausreichende und aktuelle Ortskenntnis zu verschaffen.

Ergänzend weist der AG darauf hin, dass innerhalb der Leistungsausführung die berufsgenossenschaftlichen Leitlinien, insbesondere die DGUV Regel 114-601, Branche Abfallwirtschaft, Teil 1 - Abfallsammlung durch den AN zu befolgen sind.

In besonderen, zeitlich begrenzten Ausnahmefällen, z. B. bei Baustellen oder Straßensperren, in denen der Bereitstellungsort der Abfälle nicht durch die Fahrzeuge angefahren werden kann, kann der AG in Abstimmung mit den Benutzern des Entsorgungssystems, mit der Kommune und mit dem AN bestimmen, an welcher Stelle die Abfälle bereit zu stellen sind, wobei die logistischen Notwendigkeiten des AN berücksichtigt werden.

(2.2) **Zeitliche Restriktionen und Vorgaben**

Die Sammlung hat werktags (Dienstag bis Freitag) zu erfolgen. Die Sammlung beginnt allgemein nicht vor 7:00 Uhr und endet nicht nach 18:00 Uhr. Eine Erweiterung oder Vorverlegung der Sammlung ist - soweit gesetzlich zulässig - mit dem AG abzustimmen. Im Übrigen gelten die Vorschriften der 32. BImSchV (32. Verordnung zur Durchführung des Bundes-Immissionsschutzgesetzes - Geräte- und Maschinenlärmschutzverordnung -). Die haushaltsnahe Sammlung soll so

geregelt werden, dass eine Behinderung des Geschäftsbetriebes des Einzelhandels und des Straßenverkehrs möglichst vermieden wird.

(2.3) **Abwicklung der Sammlung auf Abruf und Tourenorganisation**

Im Gebiet des AG ist die Abfuhr von Sperrmüll (wie unter Abs. 1 definiert) auf Abruf durchzuführen. Jeder an die öffentliche Abfallentsorgung angeschlossene Haushalt oder Gewerbebetrieb kann einmal pro Kalenderjahr Sperrmüll zur Sammlung bzw. Abfuhr kostenfrei anmelden. Ab der zweiten Anmeldung von Sperrmüll pro Kalenderjahr und Haushalt ist die Abholung gebührenpflichtig.

Die Anmeldung der Abfuhr durch den Benutzer des Entsorgungssystems erfolgt beim AG. Der AG stellt die von den Benutzern des Entsorgungssystems erhaltenen Daten zum Abrufvorgang per webbasiertem und für den AN autorisierten Zugriff über einen entsprechenden Client unter Angabe der genauen Abholstelle (Adresse) sowie einer Kurzbeschreibung der abzuholenden Sperrmüllgegenstände dem AN zur Verfügung. Der AN stellt geeignete Touren zusammen und stimmt mit dem AG einen „verdeckten“ Abfuhrplan ab, wobei der AN sicher zu stellen hat, dass der Abholtermin beim Benutzer des Entsorgungssystems nicht später als vier Wochen nach Erhalt der Daten zum Abrufvorgang durch den AG erfolgt. Die Information der Benutzer des Entsorgungssystems über den entsprechenden Abruftermin aufgrund des „verdeckten“ Abfuhrplanes obliegt dem AG. Eine Sammlung an Samstagen, an Montagen und an Tagen nach Feiertagen darf nicht erfolgen. Auch muss eine Sammlung – sollte sie vor einem Feiertag stattfinden – noch am gleichen Tage abgeschlossen werden.

Der AG nutzt für seine abfallwirtschaftlichen Aufgaben, unter anderem auch für die Organisation der Sperrmüllabfuhr auf Abruf die Softwarelösung ATHOS New Line.

Die zentrale Kunden-/Auftragsverwaltung erfolgt dabei durch den AG. Sämtliche Änderungen der Kundenstammdaten werden beim AG über die gemeinsame EDV-Umgebung gepflegt. Der AN kann die für die Auftragsabwicklung erforderlichen Stammdaten und die Auftragsdaten jederzeit über die EDV-Umgebung einsehen. Sämtliche Abrufaufträge sind ebenfalls über das EDV-System des AG zu bearbeiten. Die Aufträge werden beim AG initiiert (d.h. erfasst). Erledigte Aufträge sind durch den AN im System des AG zu quittieren. Ebenso werden über das System Rückmeldungen und sonstige Mitteilungen des AN an den AG verwaltet (z.B. Meldungen zu nicht satzungsgemäß bereitgestellten Abfällen o. ä.).

Die gesamte EDV-technische Verfahrensabwicklung zum Sperrmüll auf Abruf erfolgt beim AG über das entsprechende Softwaremodul des Programmsystems von ATHOS (weiterführende Informationen unter: <http://www.axians-athos.de>). Der AN nutzt auf dem EDV-System des AG die erforderliche Software, dabei zur Auftragsverwaltung/Auftragsabwicklung von Sperrmüll auf Abruf sowie zur Reklamationsbearbeitung.

Er arbeitet hierzu auf dem System des AG und greift über VPN-Verbindung oder vergleichbare Technologien auf die betreffenden Softwareelemente zu. Der AN erhält Zugriff auf alle Softwarefunktionen, die benötigt werden, um der geforderten Nutzung der Software des AG nachkommen zu können.

Die Lizenzierung der Software für die zuvor beschriebenen Funktionsbausteine erfolgt durch den AG. Der AN hat hierfür keine Software-Lizenzen zu erwerben. Der AN erhält Zugang zum EDV-System des AG für einen PC-Arbeitsplatz. Der AG stellt durch eine entsprechende Systempflegevereinbarung für die durch ihn erworbenen Teilnehmerlizenzen einen störungsfreien Zugriff des AN auf das EDV-System des AG sicher. Vor Einrichtung des Zugriffs auf das System des AG ist eine entsprechende Vertraulichkeits- und Sicherheitsvereinbarung vom AN zu unterschreiben.

Sollte der AN weitere Komponenten (z.B. Regeltourenplanung TPL) nutzen wollen, wird der AG für die entsprechenden Komponenten die Lizenzierung, die Integration in das EDV-System des AG sowie die zugehörige Systempflege gegen Kostenerstattung seitens des AN beauftragen.

Die Kosten für die Bereitstellung des/der PC (Hardware, Betriebssystem, Drucker, etc.) einschließlich der Bereitstellung eines permanenten Internet-Zugangs beim AN für den Zugang zum EDV-System des AG via Terminal-Services trägt der AN. Dies schließt die Kosten für die Einrichtung des/der PC beim AN für den Zugriff auf das EDV-System des AG via Terminal-Services (VPN-Client) mit ein. Der AN hat die hierfür anfallenden Kosten in seiner Angebotskalkulation entsprechend zu berücksichtigen.

Um sichere und effiziente Arbeitsabläufe bei der Nutzung des EDV-Systems des AG sicherzustellen, ist es ggf. erforderlich, die betreffenden Mitarbeiter des AN im Rahmen einer mindestens 1-tägigen Anwenderschulung durch den Systemanbieter einzuweisen, sofern diese noch nicht mit der Software gearbeitet haben. Die Kosten für die erforderliche Einweisung / Schulung des Personals des AN in die Nutzung der Software trägt der AN; sie sind in der Angebotskalkulation entsprechend zu berücksichtigen.

Die sich aus der Aufgabenwahrnehmung des AN ergebenden datenschutzrechtlichen Anforderungen und Pflichten des AN sind in der ergänzenden Vereinbarung zur Auftragsdatenverarbeitung Anlage 5 geregelt. Die zu regelnden Anforderungen und Pflichten ergeben sich aus dem DSGVO und zielen insbesondere auf

- Gegenstand und Umfang der Datenverarbeitung,
- die notwendigen technischen und organisatorischen Maßnahmen gemäß DSGVO,
- die Befugnis etwaiger Unterauftragsverhältnisse,
- sowie der Weisungsbefugnis des AG.

Über das EDV-System des AG werden u. a. folgende Daten zwischen AN und AG ausgetauscht bzw. übertragen:

vom AN zum AG:

- Auftragsquittierungen (Abfuhr auf Abruf, Gründe für die „Nichtabfuhr“ von bereitgestellten Abfällen),
- Reklamationen.

vom AG zum AN:

- Auftragsdaten mit entsprechender Angabe der Bereitstellungen zur Abfuhr auf Abruf,
- Reklamationen,
- ggf. Mengendaten zur Erstellung der Abrechnung.

(2.4) Anforderungen an Fahrzeuge

Der AN hat für die Sammlung und Beförderung geeignete Fahrzeuge nach dem Stand der Technik einzusetzen, die allen arbeitsschutzrechtlichen, straßenverkehrsrechtlichen, versicherungsrechtlichen und sonstigen Vorschriften entsprechen, und die es ermöglichen, sämtliche bereitgestellten Abfälle aufzunehmen und abzufahren. Außerdem müssen die Fahrzeuge in der Lage sein, alle an die Abfallsammlung angeschlossenen Grundstücke, die an öffentlichen und an nicht

gewidmeten, aber dem öffentlichen Verkehr dienenden privaten Straßen und Wegen liegen, anzufahren sowie die gültigen straßenverkehrsrechtlichen Bestimmungen, insbesondere Beschränkungen des zulässigen Gesamtgewichtes von Fahrzeugen einzuhalten.

Fallen die für den AG eingesetzten Spezialfahrzeuge aus irgendeinem Grunde aus, so ist der AN zum unverzüglichen Einsatz anderer vergleichbarer Fahrzeuge verpflichtet.

Der AG fordert weiter den Einsatz von umweltfreundlichen bzw. schadstoffarmen Fahrzeugen. Die durch den AN bei der Leistungserbringung eingesetzten Fahrzeuge, müssen aus diesem Grund mindestens die Anforderungen der Abgasnorm EURO 6 erfüllen.

Außerdem müssen im Rahmen der Leistungserbringung mindestens 15% der eingesetzten Fahrzeuge, den Vorgaben des Gesetzes über die Beschaffung sauberer Straßenfahrzeuge (Saubere-Fahrzeuge-Beschaffungs-Gesetz – SaubFahrzeugBeschG) entsprechen. Das Sammelfahrzeug ist als sauberes² oder emissionsfreies³ Fahrzeug auszuführen.

- D.h. ein sauberes Sammelfahrzeug³ ist in mindestens 15 % der Sammeltouren oder Jahreskilometer mit alternativen Kraftstoffen zu betanken.
- Oder ein emissionsfreies Sammelfahrzeug⁴ ist in mindestens 15 % der Sammeltouren oder Jahreskilometer einzusetzen.

Der Nachweis des Einsatzes ist zu Vertragsbeginn sowie im Fall alternativer Kraftstoffe monatlich nachgängig mit geeigneten Nachweisen wie z.B. Tankbelege mit alternativen Kraftstoffen, zu erbringen. Die Art der Nachweisführung ist mit dem AG nach Zuschlagserteilung abzustimmen und festzulegen.

Alle Fahrzeuge sind so auszustatten, dass sie jederzeit von den für sie zuständigen Einsatzleitern erreicht werden können. Hierfür können Bündelfunk, Mobiltelefone oder andere vergleichbare Kommunikationseinrichtungen verwendet werden.

Der AG überlässt dem AN die Auswahl der Technik zur Verwertung des vertragsgegenständlichen Altholzes. Für die Technik gilt weiter, dass die Verwertung in dauerhaft hierzu öffentlich-rechtlich genehmigten Anlagen zu erfolgen hat. Alle maßgeblichen gesetzlichen und untergesetzlichen Vorschriften sind einzuhalten. Für alle in den Verfahren anfallenden Abfälle, Störstoffe, Stoffe und Produkte ist deren ordnungsgemäße weitere Entsorgung sicher zu stellen.

(2.5) Verunreinigungen

Der AN verpflichtet sich, insbesondere dafür Sorge zu tragen, dass seine Bediensteten bei der Leistungserbringung darauf achten, dass keine Abfälle auf der Straße, dem Gehweg oder in der Straßenrinne verbleiben.

Der AN hat Verunreinigungen des Straßenraums und der Grundstücke, die bei der Leistungserbringung entstehen, unverzüglich im Rahmen der Leistungserbringung zu beseitigen.

(2.6) Reklamationen

Eine nicht rechtzeitige, nicht vollständige oder nicht ordnungsgemäße Erfüllung der auszuführenden Leistung berechtigt den AG im Verhältnis zum AN zur Reklamation der festgestellten Mängel. Die Information des AN durch den AG erfolgt durch Übersendung per Telefax, E-Mail

² Gem. § 2 Abs. 5 ist ein „sauberes schweres Nutzfahrzeug“ ein Fahrzeug der Klasse [...] N₂ oder N₃ [...], das mit alternativen Kraftstoffen [...] betrieben wird“, wie z.B. dem Einsatz von Kraftstoff HVO100.

³ Gem. § 2 Abs. 6 ist ein „emissionsfreies schweres Nutzfahrzeug“ ein Fahrzeug [...]

a) ohne Verbrennungsmotor [z.B. batterieelektrisch] oder

b) mit einem Verbrennungsmotor, aa) der weniger als 1 g CO₂/kWh, [...] ausstößt oder bb) der weniger als 1 g CO₂/km, [...] [z.B. Wasserstoff-Verbrenner-LKW] ausstößt.“

oder nach entsprechender Abstimmung über das EDV-gestützte System des AG (Customer-Process von ATHOS, siehe hierzu auch Ausführungen in Abs. 2.3).

Der AN ist verpflichtet, den Empfang der Information zu Reklamationen am gleichen Tag zu bestätigen, den geltend gemachten Mangel zu prüfen und den AG unverzüglich zu benachrichtigen, ob die Reklamation nach seiner Auffassung berechtigt ist und hat im Falle der Zurückweisung einer Reklamation den Sachverhalt durch Fotos zu dokumentieren, soweit der Sachverhalt einer Dokumentation durch Fotos zugänglich ist. Berechtigte Reklamationen muss der AN spätestens am auf den Eingangstag der Reklamationen beim AN folgenden Werktag beheben. Die Erledigung der Reklamation ist dem AG unverzüglich schriftlich per Telefax, E-Mail oder nach entsprechender Abstimmung über das EDV-gestützte System des AG (Customer-Process von ATHOS, siehe hierzu auch Ausführungen in Abs. 2.3) zu bestätigen.

Soweit der AN berechtigte Reklamationen nicht innerhalb des vorgesehenen Zeitraums beheben hat, kann der AG die vertragliche Verpflichtung oder Leistung auf Kosten des AN selbst erbringen oder durch einen Dritten erbringen lassen.

Die Reklamationsanrufe von Benutzern des Entsorgungssystems gehen in der Regel beim AG ein und werden von diesem an den AN weitergegeben. In Einzelfällen können jedoch auch Reklamationsanrufe von Benutzern beim AN direkt eingehen. Diese sind vom AN in geeigneter Form zu erfassen, unverzüglich zu bearbeiten und dem AG mitzuteilen.

(2.7) Erreichbarkeit des AN

Der AN hat sicher zu stellen, dass er montags bis freitags von 7:00 Uhr bis 16:30 Uhr telefonisch zu Zwecken der die Vertragsausführung betreffenden Abstimmungen (Anfragen zur Reklamationsbearbeitung, Anfragen zum Tourenplan etc.) für den AG telefonisch erreichbar ist.

Bezüglich Vorfälle, die die Durchführung der Sammlung bzw. der Abfuhr der Abfälle beim Benutzer des Entsorgungssystems betreffen, und die Anfragen der Benutzer des Entsorgungssystems bedingen (wie z. B. verspätete Abfuhr etc.) hat der AN einen gebührenfreien Telefonanschluss einzurichten und für die Anfragen der Benutzer des Entsorgungssystems von Montag bis Freitag von 8:00 Uhr bis 16:00 Uhr besetzt zu halten.

Des Weiteren hat der AN für die Anmeldung von Abfahren von Sperrmüll auf Abruf der Benutzer des Entsorgungssystems die Erreichbarkeit ebenfalls per gebührenfreiem Telefonanschluss sowie E-Mail und Telefax während der zuvor benannten Zeiten sicher zu stellen.

(2.8) Revieran- und -abfahrt

Die Anfahrt vom Betriebshof zum Startpunkt der ersten Tour eines Tages, Hin- und Rückfahrten für Zwischenentleerungen zur Abladestelle sowie die Rückfahrt am Abend sowie eventuelle Wartezeiten an den zugewiesenen Transportzielen bzw. Entladestellen werden nicht gesondert entgolten und sind in die Entgelte entsprechend einzurechnen.

(2.9) Personal

Der AN hat für den Einsatzzweck qualifiziertes und entsprechend geschultes Personal einzusetzen. Ein Mitglied der Besatzung eines Fahrzeuges muss die deutsche Sprache in Wort und Schrift beherrschen. Der AN hat durch regelmäßige Kontrollen sicherzustellen, dass sein Personal die arbeitsschutz- und arbeitszeitrechtlichen, straßenverkehrsrechtlichen und sonstigen gesetzlichen Vorschriften einhält. Der AN verpflichtet sich dafür Sorge zu tragen, dass sich seine Bediensteten im Dienst bzw. im Umgang mit dem AG und den Benutzern des Entsorgungssystems ordnungsgemäß und höflich verhalten sowie mit einer ordentlichen witterungsgerechten und den berufsgenossenschaftlichen Vorschriften entsprechenden Arbeitskleidungen ihren Dienst pflichtbewusst verrichten. Auf Ersuchen des AG soll der AN offenbar ungeeignetes Personal nicht mehr bei der Leistungserbringung einsetzen.

(2.10) Unterbrechungen

Unterbrechungen oder Verspätungen der Sammlung, die das Einhalten des Tourenplans in Frage stellen, sind dem AG unverzüglich bekannt zu geben. Sollte die Sammlung bzw. Abholung aus vom AN zu vertretenden Gründen vorübergehend eingeschränkt, unterbrochen oder verspätet sein, so ist dies von dem AN unverzüglich in vollem Umfang nachzuholen. Ist die Sammlung durch Baustellen oder Straßensperrungen eingeschränkt, so hat der AN die Sammlung bzw. Abfuhr im Einvernehmen mit den Benutzern des Entsorgungssystems, mit dem AG und der jeweiligen Kommune mit veränderten Bereitstellungsorten sicherzustellen.

(3) Sammlung und Beförderung von Sperrmüll**(3.1) Sammlung von Sperrmüll**

Der AN hat den von den Benutzern des Entsorgungssystems im Rahmen der Abfuhr auf Abruf satzungsgemäß bereitgestellten vorbenannten Abfallfraktionen anzufahren und in seine Sammelfahrzeuge zu laden. Es darf kein ordnungsgemäß bereit gestellter Sperrmüll im Straßenraum zurückbleiben.

Der AN hat nicht satzungsgemäß bereitgestellte Abfälle nicht abzufahren, dabei hat der AN bei der Sammlung insbesondere darauf zu achten, ob Sperrmüll bereitgestellt worden ist, der

- nicht den für die Abfuhr zugelassenen Abfallarten entspricht,
- die Höchstmenge von 4 m³ überschreitet, wobei nur die Mehrmenge nicht abzufahren ist, die zulässige Höchstmenge ist abzufahren,
- erkennbar nicht aus dem Sammelgebiet des Landkreis Südwestpfalz stammt.

In den vorbenannten Fällen hat der AN die betreffenden nicht satzungsgemäß bereitgestellten Abfälle mit einer auf den Fahrzeugen mitzuführenden Digitalkamera zu fotografieren. Die betreffenden Abfälle sind nicht einzusammeln bzw. abzufahren. Die Fotos sind dem AG mit einer entsprechenden Kurzbegründung spätestens an dem auf die Sammlung folgenden Vormittag per E-Mail oder ggf. über das EDV-gestützte System des AG zu übermitteln. Der AN hat die Liste der entsprechend an einem Tag ausgeführten Abholaufträge unverzüglich nach Tourende, spätestens jedoch an dem auf die Sammlung folgenden Tag bis spätestens 09:00 Uhr zu bearbeiten und im EDV-gestützten System als erledigt einzutragen bzw. als „prüfen“ zu kennzeichnen, welche Aufträge der AN nicht erledigen konnte.

Die Nachweispflicht (z. B. durch Fotos, Tourenprotokolle) nicht ordnungsgemäß bzw. nicht rechtzeitig bereitgestellter Abfälle obliegt dem AN und ist zusammen mit dem entsprechenden Tagesbericht zu übersenden.

Da der AN im Rahmen der vertragsgegenständlichen Leistungserbringung zum einen die Fraktion Holz-Sperrmüll zu verwerten hat und zum anderen den während der Sammlung erfassten Rest-Sperrmüll an der durch den AG vorgegebenen Übergabestelle beim Müllheizkraftwerk Pirmasens abzuladen hat, hat eine getrennte Erfassung der Fraktionen während der Sammlung zu erfolgen. D. h., dass eine nach beiden Fraktionen getrennte Erfassung und Abfuhr durch den AN verpflichtend ist. Eine gemeinsame Erfassung aller Fraktionen und spätere Sortierung ist ausdrücklich nicht erlaubt.

(3.2) Beförderung/Abladen/Verwiegen von Rest-Sperrmüll

Der AN hat den erfassten Rest-Sperrmüll zum

Müllheizkraftwerk (MHKW) Pirmasens
Staffelberg 2-4
66954 Pirmasens

zu befördern und dort zu entladen bzw. abzuladen.

Die Öffnungszeiten des MHKW in Pirmasens sind:

- Montag bis Freitag von 07:00 Uhr bis 17:00 Uhr sowie
- An 10 Samstagen von 7:00 bis 12:15 Uhr.

Das MHKW verfügt über eine Fahrzeugwaage auf der sowohl die Eingangs- als auch die Ausgangsverwiegungen erfolgen. Der AN erhält die entsprechenden Wiegescheine ausgehändigt. Der AN wiegt am Beförderungsziel innerhalb der vorgegebenen Öffnungszeiten auf der dortigen Wiegeeinrichtung ein, entlädt die Sammelware ordnungsgemäß nach Weisungen des AG bzw. des Betreibers, unter Beachtung der entsprechenden Unfallverhütungsvorschriften und wiegt jeweils wieder aus. An der Abladestelle ist während der Öffnungszeiten mit einer maximalen Wartezeit im Rahmen der Anlieferung bis zur Entladung der vertragsgegenständlichen Fraktion im Jahresdurchschnitt von 60 Minuten pro Fahrzeug zu rechnen.

(3.3) **Beförderung/Abladen/Verwiegen und Verwertung von Holz-Sperrmüll**

Der AN hat den erfassten Holz-Sperrmüll bzw. das erfasste Altholz zu der/den von ihm eigens bestimmten Anlage/n (Behandlungs- und/oder Endverwertungsanlage) zu befördern und diesen einer ordnungsgemäßen Verwertung zuzuführen. Die ordnungsgemäße Verwertung des Altholzes muss in dauerhaft hierzu öffentlich-rechtlich genehmigten Anlagen erfolgen. Dabei hat der AN die ordnungsgemäße Verwertung des Holz-Sperrmülls unter Einhaltung aller relevanten gesetzlichen Vorschriften durchzuführen.

Der AN hat durch geeignete Maßnahmen dafür Sorge zu tragen, dass die durch ihn angediente Holz-Sperrmüll zum Einsatz in der jeweils bedienten Anlage geeignet ist und dort insbesondere nicht zu Schäden an der Anlagentechnik führen kann. Der AN haftet daher ausschließlich gegenüber dem/den Betreiber/n der zur Leistungserbringung eingesetzten Anlage/n wegen dort entstehender Schäden auf Grund in dem durch den AN übernommenen Holz-Sperrmüll enthaltener Störstoffe. Von etwaigen Ansprüchen des/der Betreiber/s der Anlage/n stellt der AN den AG auf erstes Anfordern frei.

Der AN ist verpflichtet, Änderungen über Ort, Verfahrenstechnik und Kapazitäten der bedienten Entsorgungsanlagen und ggf. zwischengeschaltete Behandlungsanlagen dem AG unverzüglich schriftlich mitzuteilen. Ohne vorherige Zustimmung des AG darf er Änderungen nicht vornehmen. Der AG darf die Zustimmung nur aus wichtigem Grund verweigern. Eine Preisanpassung kann im Falle der Bedienung anderer als der im Angebot des AN benannten Anlagen vom AN nicht verlangt werden.

Der AN gewährt dem AG oder vom AG hierzu beauftragten Dritten ein Besichtigungsrecht für die genutzte/n Verwertungsanlage/n, soweit der AN selbst Eigentümer oder Betreiber der Anlage ist. Im Fall der Nutzung von Anlagen von Unterauftragnehmern wird der AN für den AG ein entsprechendes Recht vereinbaren. Zusätzlich gewährt der AN dem AG Einsicht in alle mit der Leistungserbringung in Zusammenhang stehenden Wiegeprotokolle.

Die Verwiegung hat im Rahmen der Leistungsausführung immer auf einer geeichten Wiegeeinrichtung stattzufinden. Die Wiegeprotokolle dienen ebenfalls zu Abrechnungszwecken (siehe auch § 9).

In Bezug auf die Kalkulation und Abrechnung der Verwertung von Holz-Sperrmüll wird auf § 10 Abs. 2 verwiesen.

§ 5 Pflichten des AN

- (1) Der AN verpflichtet sich dem AG spätestens vier Wochen nach Erteilung des Zuschlags eine Urkalkulation zu übergeben.

Die Urkalkulation muss den Anforderungen des deutschen Preisrechts entsprechen, insbesondere die VO PR 30/53 und die LSP (Leitsätze zur Ermittlung von Selbstkostenpreisen) ist zu berücksichtigen. Die Urkalkulation ist nach einzelnen Leistungsbestandteilen zu differenzieren.
- (2) Der AN verpflichtet sich, sämtliche notwendigen Maßnahmen durchzuführen, um die in diesem Vertrag beschriebenen Leistungspflichten zu erfüllen. Er hat zur Sicherstellung seiner Leistungserbringung die notwendigen technischen Voraussetzungen zu treffen, um eine den anerkannten Regeln der Technik entsprechende, insbesondere staubfreie, auslaufsichere, lärm- und geruchsreduzierte und umweltschonende Leistungserbringung zu gewährleisten. Er hat in eigener Verantwortung die zur Vertragserfüllung gegebenenfalls erforderlichen Spezialmaschinen anzuschaffen oder bereitzustellen.
- (3) Der AN ist verpflichtet, auf sämtliche Mängelanzeigen des AG binnen einer Frist von maximal zwei Werktagen zu reagieren und den AG hierüber unverzüglich zu informieren, sofern an anderer Stelle nichts Abweichendes geregelt ist. Im Falle einer berechtigten Mängelanzeige hat der AN unverzüglich Abhilfe zu schaffen und den AG unverzüglich hierüber zu informieren.
- (4) Der AN hat das für die Vertragserfüllung erforderliche Personal zu stellen und dieses in regelmäßigen Abständen bedarfsgerecht fachlich zu schulen.
- (5) Der AN verpflichtet sich, seinen Betrieb so einzurichten, dass er in der Lage ist, den sich gegebenenfalls verändernden betriebstechnischen Anforderungen und/oder Mengenaufkommen im Gebiet des AG zu jedem Zeitpunkt der Vertragserfüllung zu entsprechen.
- (6) Der AN ist für die Erfüllung der arbeitsrechtlichen, polizeilichen und berufsgenossenschaftlichen Verpflichtungen gegenüber seinem Personal allein verantwortlich. Er hat die Vorschriften des Arbeitszeitgesetzes einzuhalten. Dem AN obliegt die Verkehrssicherungspflicht für alle im Zusammenhang mit der Leistungserbringung stehenden Tätigkeiten.
- (7) Der AN verpflichtet sich, dafür zu sorgen, dass seine Bediensteten sich im Dienst ordnungsgemäß verhalten und mit einer ordentlichen, witterungsgerechten und den berufsgenossenschaftlichen Vorschriften entsprechenden Arbeitskleidung ihren Dienst pflichtbewusst verrichten. Auf Ersuchen des AG soll der AN offenbar ungeeignetes Personal nicht mehr einsetzen.
- (8) Alle für den Betrieb gegebenenfalls erforderlichen öffentlich-rechtlichen Genehmigungen hat der AN, soweit sie nicht bereits vorliegen, unverzüglich zu beantragen, diese dem AG in Kopie vorzulegen und während der gesamten Vertragsdauer aufrecht zu erhalten. Erlischt eine dem AN erteilte öffentlich-rechtliche Genehmigung – gleich aus welchem Grunde – so hat der AN dies dem AG unverzüglich anzuzeigen. Die Verpflichtung zu einem genehmigungskonformen Betrieb bleibt unberührt.
- (9) Der AN verpflichtet sich, zwei deutschsprachige Personen (darunter der Betriebsleiter) zu benennen, die dem AG als ständige Ansprechpartner bei Mängeln oder Anfragen zur Verfügung stehen. Der AN hat dafür Sorge zu tragen, dass mindestens einer der beiden Ansprechpartner arbeitstäglich während der üblichen Geschäftszeiten erreichbar ist.
- (10) Die Einhaltung sämtlicher gesetzlicher Vorschriften schuldet der AN auch vertraglich gegenüber dem AG.

- (11) Der AN darf Daten, insbesondere personengebundene Daten, und Informationen, die er aufgrund dieses Vertrages erlangt, nicht an Dritte weitergeben. Er darf derartige Daten und Informationen nur zu der Erfüllung der ihm nach diesem Vertrag obliegenden Verpflichtungen nutzen und verwenden.

§ 6 Rechte und Pflichten des AG

- (1) Der AG verpflichtet sich zur Zahlung der Entgelte gemäß § 8 unter Berücksichtigung der Regelungen in § 9.
- (2) Der AG unterrichtet den AN rechtzeitig, wenn dem AG Umstände bekannt werden, die für die Leistungserbringung von Bedeutung sein können.
- (3) Der AG ist berechtigt, im Einzelfall selbst oder durch seine Beauftragten, die dem AN übertragenen Leistungen zu überwachen und unaufschiebbar notwendige Anordnungen gegenüber dem AN und in Einzelfällen gegenüber dessen Bediensteten zu treffen. Werden Anordnungen mit fortdauernder Wirkung getroffen, so sind diese dem AN alsbald schriftlich mitzuteilen.
- (4) Soweit Bekanntmachungen aus diesem Vertrag an die Benutzer der öffentlichen Abfallentsorgung notwendig sind, erfolgen diese ausschließlich durch den AG.
- (5) Der AG stellt dem AN alle diejenigen bei ihm verfügbaren Informationen auf Anforderung zur Verfügung, die der AN für die ordnungsgemäße Erfüllung seiner Leistungspflichten benötigt.

§ 7 Pflichtverletzungen des AN, Versicherung, Höhere Gewalt

- (1) Die Haftung für Pflichtverletzungen richtet sich nach den gesetzlichen Bestimmungen und den Bestimmungen der VOL/B, sofern in diesem Vertrag keine anderen Regelungen getroffen werden.
- (2) Der AN verpflichtet sich, zur Abdeckung der Haftungsrisiken eine entsprechende Haftpflichtversicherung abzuschließen. Die Deckungssummen je Schadensfall müssen mindestens betragen:
- für Personenschäden EUR 2,5 Mio.,
 - für Sachschäden EUR 1 Mio.
- (3) Der AN ist verpflichtet, dem AG das Bestehen der in Absatz 2 benannten Versicherung mit den vorgegebenen Deckungssummen vor Leistungsbeginn nachzuweisen. Der Fortbestand des Versicherungsschutzes ist dem AG jährlich auf dessen Verlangen hin nachzuweisen.
- (4) Der AG ist über Schäden, die im Zusammenhang mit der Durchführung dieses Vertrages entstehen, unverzüglich in Kenntnis zu setzen.
- (5) Von Ansprüchen Dritter, die gegenüber dem AG wegen Schäden erhoben werden, die der AN bei der oder infolge der Leistungserbringung verursacht hat, hat der AN den AG auf erstes Anfordern hin freizustellen. Gleiches gilt für etwaige eigene Prozess- und/oder Rechtsanwaltskosten.
- (6) Ist der AN durch höhere Gewalt, insbesondere Krieg, kriegsähnliche Ereignisse, Epidemien, Pandemien, Seuchen, Quarantäneanordnungen oder Naturkatastrophen an der Erfüllung seiner Leistungsverpflichtungen gehindert, so ruhen bis zum Wegfall des ursächlichen Ereignisses die wechselseitigen Pflichten zur Vertragserfüllung. Der AN hat seine Verhinderung und den Verhinderungsgrund und deren Wegfall dem AG unverzüglich schriftlich mitzuteilen. Streiks und Aussperrungen gelten nicht als Fälle höherer Gewalt. Ob die unterbliebenen Leistungen nach Wegfall der höheren Gewalt nachgeholt bzw. alternative Möglichkeiten erschlossen werden, ent-

scheiden die Vertragspartner im gegenseitigen Einvernehmen. Sofern der AN die vom AG geschaffenen, alternativen Möglichkeiten zur Leistungserbringung nicht wahrnehmen kann, ist der AG berechtigt, die Leistungen ganz oder teilweise auf eigene Kosten auszuführen oder von Dritten ausführen zu lassen.

- (7) Ist die Leistungserbringung witterungsbedingt derart eingeschränkt, dass einzelne oder mehrere Anfallstellen nicht angefahren werden können, ist der AN verpflichtet, die Leistung unmittelbar und unverzüglich, spätestens jedoch innerhalb des nächsten Werktages nach Wegfall des witterungsbedingten Hindernisses, nachzuholen. Der AG ist unverzüglich und fortlaufend über den Stand der Leistungserbringung und die eingeleiteten Maßnahmen zu informieren.
- (8) Kommt der AN aus einem Grunde, den er zu vertreten hat, seinen Leistungspflichten ganz oder teilweise nicht nach, so kann der AG nach erfolglosem Ablauf einer von ihm schriftlich gesetzten Frist von zwei Werktagen die jeweilige Leistung in eigener Regie ausführen oder von Dritten ausführen lassen. Der AN haftet für die Kosten einer solchen Ersatzvornahme vollumfänglich.

§ 8 Entgelte

- (1) Für die Leistungen des AN zahlt der AG ein Entgelt. Die Entgelte bemessen sich nach dem beschlagenen Angebot des AN. Die entsprechend ausgefüllten Preisblätter des AN aus seinem Angebot sind verbindlich und werden diesem Vertrag als Anlage 1 beigelegt.
- (2) Zu allen in den Preisblättern aufgeführten Netto-Entgelten ist ggf. die jeweils geltende Mehrwertsteuer zu addieren.
- (3) Der AN hat bei der Kalkulation seiner Entgelte alle relevanten Umstände, wie z.B. die Abgaben nach BEHG zu berücksichtigen.
- (4) Die Einhaltung der Grundsätze zum täuschähnlichen Umsatz obliegt allein dem AN. Sofern also werthaltige Abfälle Gegenstand dieses Vertrages sind, hat der AN dafür Sorge zu tragen, dass die MwSt. korrekt ausgewiesen und abgeführt wird, auch wenn nur ein Gesamtpreis angeboten ist.
- (5) Die Preisvereinbarung dieses Vertrages unterliegt den Bestimmungen der jeweils geltenden Fassung der Verordnung PR Nr. 30/53 über die Preise bei öffentlichen Aufträgen und ggf. einer Preisprüfung. Die in diesem Vertrag vereinbarten Preise gelten als Marktpreise im Sinne der o.a. Verordnung, soweit nicht in dem Vertrag ausdrücklich ein anderer Preistyp angegeben ist.
- (6) Mit der Annahme des Auftrags ist der AN verpflichtet, der zuständigen Preisbehörde auf Verlangen nachzuweisen, dass es sich um einen Marktpreis handelt. Kann aufgrund der Preisprüfung ein Marktpreis nicht festgestellt werden, gilt der vereinbarte Preis als Selbstkostenpreis im Sinne der entsprechenden Preisverordnung. Der AN ist in diesem Fall verpflichtet, in Zusammenarbeit mit der Preisbehörde nach den Vorschriften der LSP-Leitsätze für die Preisermittlung aufgrund von Selbstkosten einen Selbstkostenfestpreis, Selbstkostenrichtpreis oder Selbstkostenerstattungspreis zu ermitteln und abzurechnen. Bei der Abrechnung zu Selbstkosten wird zur Abgeltung des kalkulatorischen Gewinns ein Satz für höchstens 5 v.H. der Netto-Selbstkosten als angemessen betrachtet. Eine Verzinsung des betriebsnotwendigen Kapitals von 6,5 v.H. darf nicht überschritten werden.
- (7) Sofern sich die Preise aufgrund einer Prüfung nach der Verordnung PR- Nr. 30/53 über die Preise bei öffentlichen Aufträgen als unzulässig erweisen, so gilt für die Vergütung jeweils der preisrechtlich zulässige Preis.

§ 9 Abrechnung

- (1) Die Entgelte für die Leistungen aus diesem Vertrag sind in ordnungsgemäßer und prüffähiger Form aufgrund des Umfangs der im Vormonat erbrachten Leistungen monatlich nachgängig digital in Rechnung zu stellen.
- (2) Bis zum 10. des jeweiligen Folgemonats hat der AN dem AG die Rechnung für die erbrachten Leistungen in ordnungsgemäßer und prüffähiger Form in einfacher Ausführung unter Beifügung der chronologisch durchnummerierten Leistungsnachweise (Wiegescheine, Stücklisten der Übernahmestellen bzw. Beförderungsziele in einfacher Ausfertigung) zu übersenden.
- (3) Im Rahmen der monatlich nachgängigen Leistungsabrechnung hat der AN dem AG eine Aufstellung der jeweiligen Leistungen in dem Format einer mit dem AG vorab abgestimmten EXCEL-Tabelle mit einem Vorlauf von drei Tagen vor Absenden der Rechnung per E-Mail zu übermitteln.
- (4) Für die Zahlung der Entgelte gelten folgende Abrechnungsgrundlagen:
 - (4.1) Abrechnungsgrundlage für die Sammlung und die Beförderung von Rest-Sperrmüll sind die Eingangswiegescheine des vom AG zugewiesenen Beförderungsziels (MHKW Pirmasens).
 - (4.2) Abrechnungsgrundlage für die Sammlung und den Transport von Holz-Sperrmüll sowie für die Verwertung von Holz-Sperrmüll sind die Wiegescheine der vom AN gewählten Abladestelle/n. Die Abrechnung für die Leistungen zur Verwertung des Holz-Sperrmüll erfolgt in Abhängigkeit des in der Zeitschrift „EUWID Recycling und Entsorgung“ veröffentlichten Verwerter-Ankaufspreis für Altholz, behandeltes Altholz vorgebrochen (0-300 mm), Region Süden, oberer Wert nach näherer Maßgabe der Preisanpassungsformel in § 10 Abs. 2.
- (5) Nach Eingang einer ordnungsgemäßen und prüffähigen Rechnung inkl. der geforderten Anlagen des AN beim AG ist die Zahlung bargeldlos innerhalb von 21 Tagen auf das durch den AN zu benennende Konto eines im Gebiet der Bundesrepublik Deutschland ansässigen Kreditinstitutes zu bewirken.
- (6) Als Tag der Zahlung gilt bei Überweisung von einem Konto der Tag der Hingabe oder Absendung des Überweisungsauftrages an das beauftragte Geldinstitut.
- (7) Der AN ist nicht berechtigt, seine Forderungen gegen den AG ohne dessen vorherige schriftliche Zustimmung abzutreten.

§ 10 Preisanpassung

- (1) Beide Parteien sind berechtigt rückwirkend, jeweils zum 1. Januar eines Jahres - erstmals zum 01.01.2028 – bei nachweisbar veränderten Kosten, die den Inhalt dieses Vertrages berühren, eine Anpassung der Entgelte mit Ausnahme der Entgelte/Vergütungen für die Verwertung von Holz-Sperrmüll (siehe hierzu Absatz 2) zu fordern.

Die Neufestsetzung der Entgelte für die Sammlung und Beförderung von Sperrmüll erfolgt auf Grund einer prognostizierten Kostenstruktur, die

- Fixkosten zu 25 %,
- Lohn- und Lohnnebenkosten zu 40 %,
- Treibstoffkosten zu 15 % und
- Fahrzeugkosten zu 20 %

gem. der nachfolgenden Formel berücksichtigt:

Formel: $P = P_0 \times (0,40 \times L/L_0 + 0,15 \times D/D_0 + 0,20 \times F/F_0 + 0,25)$

Legende: P = Entgelt zum Anpassungszeitpunkt
(1. Januar des jeweiligen Jahres)

P_0 = Ursprüngliche Entgelthöhe (Angebotspreis aus der Ausschreibung [Preisblatt] und immer Basis für die Errechnung der Preisanpassung)

L = vom Statistischen Bundesamt in Wiesbaden ermittelter Index der tariflichen Stundenverdienste ohne Sonderzahlungen (Basis 2020=100), Code 62221-0001, WZ08-38-01 Recycling, Beseitigung von Umweltverschmutzungen, zum Januar des jeweiligen Jahres (Durchschnittswert des vergangenen Jahres)

L_0 = vom Statistischen Bundesamt in Wiesbaden ermittelter Index der tariflichen Stundenverdienste ohne Sonderzahlungen (Basis 2020=100), Code 62221-0001, WZ08-38-01 Recycling, Beseitigung von Umweltverschmutzungen, Durchschnittswert für das Jahr 2025

D = vom Statistischen Bundesamt in Wiesbaden ermittelter Index der Erzeugerpreise gewerblicher Produkte (Basis 2021=100), Dieselkraftstoff bei Abgabe an Großverbraucher, Code 61241-0003, GP19-1920260052, zum Januar des jeweiligen Jahres (Durchschnittswert des vergangenen Jahres)

D_0 = vom Statistischen Bundesamt in Wiesbaden ermittelter Index der Erzeugerpreise gewerblicher Produkte (Basis 2021=100), Dieselkraftstoff bei Abgabe an Großverbraucher, Code 61241-0003, GP19-1920260052, Durchschnittswert für das Jahr 2025

F = vom Statistischen Bundesamt in Wiesbaden ermittelter Index der Erzeugerpreise gewerblicher Produkte (Basis 2021=100), Lkw mit Kolbenverbrennungsmotor mit Selbstzündung, Code 61241-0003, GP19-291041, zum Januar des jeweiligen Jahres (Durchschnittswert des vergangenen Jahres)

F_0 = vom Statistischen Bundesamt in Wiesbaden ermittelter Index der Erzeugerpreise gewerblicher Produkte (Basis 2021=100), Lkw mit Kolbenverbrennungsmotor mit Selbstzündung, Code 61241-0003, GP19-291041, Durchschnittswert für das Jahr 2025

Anmerkung: Das Statistische Bundesamt in Wiesbaden gibt die durchschnittliche Entwicklung der Indizes in Bezug auf das Jahr (Durchschnittswert) im Januar des darauffolgenden Jahres bekannt. In Einzelfällen kann die Veröffentlichung auch im Februar oder März erfolgen.

- (2) Die Neufestsetzung des Entgelts/der Vergütung für die Verwertung von Holz-Sperrmüll, erfolgt in Abhängigkeit des jeweils in der Zeitschrift „EUWID Recycling und Entsorgung“ veröffentlichten Verwerter-Ankaufspreis für Altholz, behandeltes Altholz vorgebrochen (0 - 300 mm), Region Süden, oberer Wert. Zum Leistungsbeginn ist der entsprechende EUWID Wert für den Oktober 2026 maßgeblich. Sobald ein neuer entsprechender EUWID Wert veröffentlicht wird, ist dieser ab dem der Veröffentlichung nachfolgenden Monat maßgeblich. Der entsprechend gültige obere EUWID- Wert ist zu Dokumentationszwecken regelmäßig mit Abrechnung der Leistungen vorzulegen.

Beispiel: Hat der AN einen Abschlag vom EUWID in Höhe von 5 EURO angeboten und beträgt der EUWID Wert für die maßgebliche Abrechnungsperiode 8 EURO, so hat der AN 3 EURO an den AG zu erstatten. Hat der AN einen Abschlag vom EUWID in Höhe von 5 EURO angeboten

und beträgt der EUWID Wert für die maßgebliche Abrechnungsperiode 3 EURO, so hat der AG 2 EURO an den AN zu vergüten.

Hat der AN einen Zuschlag zum EUWID in Höhe von 4 EURO angeboten und beträgt der EUWID Wert für die maßgebliche Abrechnungsperiode 6 EURO, so hat der AN 10 EURO an den AG zu erstatten. Hat der AN einen Zuschlag zum EUWID in Höhe von 2 EURO angeboten und beträgt der EUWID Wert für die maßgebliche Abrechnungsperiode - 3 EURO, so hat der AG einen EURO an den AN zu erstatten.

- (3) Das Anpassungsverlangen nach Abs. 1 muss dem Vertragspartner spätestens drei Monate nach dem möglichen Änderungstermin schriftlich und unter Beifügung einer nachvollziehbaren Berechnung sowie der dazugehörigen Berechnungsgrundlage zugehen. Die Mitteilung muss enthalten, um welchen Prozentsatz das jeweilige Entgelt verändert werden soll. Bei einer nicht rechtzeitigen Anmeldung der Preisanpassung ist das Recht zur Preisanpassung für das jeweilige Vertragsjahr verwirkt.
- (4) Eine Anpassung kann nur verlangt werden, wenn sich auf der Grundlage der Berechnungsformel nach Abs. 1 eine Veränderung der Entgelte für die insgesamt zu erbringenden Leistungen gegenüber den zuletzt vereinbarten Entgelten von mehr als 2 % ergibt (Hinweis: Da Vergleichsgrundlage immer das zuletzt vereinbarte und geltende Entgelt ist, kann eine Preisanpassung immer dann verlangt werden, wenn gegenüber diesem Entgelt eine Veränderung von mehr als 2 % aufgetreten ist. Nicht notwendig ist also, dass gegenüber dem jeweiligen Vorjahr eine Veränderung von mehr als 2 % aufgetreten ist.).
- (5) Vertragsjahr ist das Kalenderjahr.
- (6) Nach Umbasierung durch das Statistische Bundesamt ersetzen die neu berechneten Indizes auf der Grundlage der neuen Gewichtung die vorher auf der alten Basis ermittelten Preisindizes, die mit der Umbasierung ihre Gültigkeit verlieren.
- (7) Die Vertragspartner unterstellen, dass die Preisanpassungsformeln nach dem Preisklauselgesetz wirksam sind. Sollte sich diese Einschätzung als unrichtig erweisen, sind die Vertragspartner verpflichtet, die jeweils unwirksame Klausel durch eine zulässige Klausel zu ersetzen, die dem wirtschaftlichen Ziel der Vertragspartner möglichst nahekommt.

§ 11 Vertragsänderungen, Rechtsnachfolge

- (1) Der AN verpflichtet sich zur Fortführung des Vertrages auch dann, wenn die Entsorgungspflicht ganz oder teilweise auf eine andere juristische Person übergeht oder der AG einen Dritten, an dem der AG mehrheitlich beteiligt ist, mit der Durchführung seiner Entsorgungspflicht beauftragt. Der AN stimmt daher bereits jetzt unwiderruflich einer Vertragsfortführung unter unveränderten Vertragsbedingungen mit dem neuen Aufgabenträger zu.
- (2) Bei Änderungen des Entsorgungssystems aufgrund von Satzungsänderungen oder anderer Beschlüsse von Organen des AG, die die in diesem Vertrag aufgeführten Leistungen des AN verändern oder zum Wegfall von Leistungen führen, werden sich beide Vertragspartner um eine Vertragsanpassung bemühen, sofern dies vergaberechtlich zulässig ist. Gleiches gilt für Systemänderungen aufgrund oder infolge geänderter rechtlicher Bestimmungen. Auf die in diesen Fällen vom AG neu festzulegende Leistung wird der AN einen Preis unter weitest möglichem Rückgriff auf die beim AG hinterlegte Urkalkulation benennen. Sodann ist Einvernehmen über die neuen Entgelte zwischen den Vertragspartnern zu erzielen. Auf Verlangen des AG muss der AN zusätzlich eine Preisbildungsübersicht in prüffähiger Form vorlegen. Kann vor Beginn der geänderten Leistung kein Einvernehmen über eine Entgeltanpassung erzielt werden, so hat der AG das Recht, die Durchführung der geänderten oder neuen Leistung im Rahmen der vergaberechtlich

zulässigen Grenze festzulegen, soweit die Durchführung der geänderten oder neuen Leistung für den AN nicht unzumutbar ist. Auf § 19 Nr. 3 VOL/B wird hingewiesen.

- (3) Der AG ist in allen Fällen der Verhandlungen über eine Vertragsanpassung, insbesondere bei einem Verlangen auf eine Anpassung der Entgelte, berechtigt, im Beisein des AN Einblick in die Urkalkulation des AN zu nehmen.
- (4) Vor der Übertragung der Gesellschaft des Unternehmers auf einen Rechtsnachfolger, auch infolge von Umwandlungsvorgängen nach dem UmwG, ist die Zustimmung des AG einzuholen. Die Zustimmungspflicht gilt auch bei Veränderungen in der Gesellschafterstruktur des Unternehmers, die dem AG stets mitzuteilen ist. Der AG kann nur in begründeten Fällen seine Zustimmung verweigern.

§ 12 Sicherheit, Bürgschaft

- (1) Der AN hat eine Sicherheit für die ordnungsgemäße Vertragserfüllung einschließlich Abrechnung, Gewährleistung und Schadensersatz sowie Erstattung von Überzahlungen in Höhe von 5% der jährlichen Nettoauftragssumme gem. den Wertungsmengengerüsten des Preisblattes zu leisten und über die Vertragslaufzeit aufrecht zu erhalten.
- (2) Die Sicherheit kann erbracht werden durch Übergabe der Bürgschaftserklärung eines in der Europäischen Union zugelassenen Kreditinstitutes gemäß dem diesen Vertrag beiliegenden Muster. Die Sicherheit ist spätestens 14 Tage nach Erteilung des Zuschlags im Vergabeverfahren zu leisten.
- (3) Die Sicherheit wird dem AN 3 Monate nach vollständiger Erfüllung der Leistungen aus diesem Vertrag zurückgegeben, sofern bis zu diesem Zeitpunkt alle Ansprüche des AG erfüllt sind.

§ 13 Vertragsstrafe

- (1) Für die vereinbarten Vertragsstrafen gelten die §§ 339 bis 345 BGB, sofern sich aus den nachfolgenden Regelungen keine Abweichungen ergeben. Die Vertragsstrafen haben den Zweck, die Erfüllung der Pflichten aus diesem Vertrag zu sichern. Die Vertragsstrafen sind nicht verwirkt, wenn der AN eine Pflichtverletzung nicht zu vertreten hat; die Beweislast für das Nichtvertretenmüssen trägt der AN.
- (2) Erbringt der AN die ihm vertraglich obliegende Leistung ganz oder teilweise nicht, so ist der AG berechtigt, dem AN eine Vertragsstrafe in Rechnung zu stellen.
- (3) Insbesondere ist eine Vertragsstrafe in den nachfolgenden Fällen verwirkt:
 - (3.1) Werden Aufgaben ohne die erforderliche Zustimmung des AG auf Dritte übertragen, ist der AG berechtigt, für jede angefangene Woche der Leistungserfüllung durch Dritte eine Vertragsstrafe in Höhe von EUR 1.000,-- festzusetzen.
 - (3.2) Wird die Sammlung außerhalb der unter § 4 Abs. 2.2 vertraglich festgelegten Zeitfenstern begonnen oder abgeschlossen, ist der AG berechtigt, in jedem Einzelfall eine Vertragsstrafe in Höhe von EUR 300,-- festzusetzen.
 - (3.3) Werden Daten die die Tourenplanung betreffen entgegen der Regelungen in § 5 Abs. 11 an Dritte unbefugt weitergegeben, ist der AG berechtigt, in jedem Einzelfall eine Vertragsstrafe in Höhe von EUR 500,-- festzusetzen.
 - (3.4) Beseitigt der AN etwaige beim Beladungsvorgang entstandene Verunreinigungen nicht unverzüglich, ist der AG berechtigt, in jedem Einzelfall eine Vertragsstrafe in Höhe von EUR 200,-- festzusetzen.

- (3.5) Bei nicht ordnungsgemäßer Abfuhr einzelner Straßenzüge ist der AG berechtigt, eine Vertragsstrafe in Höhe von EUR 300,-- pro Werktag festzusetzen; außerdem ist der AN zur Nacharbeit spätestens am nächsten Werktag verpflichtet.
- (3.6) Bei nicht erfolgter Abfuhr einzelner Bereitstellungsmengen ist der AG berechtigt, eine Vertragsstrafe in Höhe von EUR 300,-- pro Vorgang festzusetzen; außerdem ist der AN zur Nacharbeit spätestens am nächsten Werktag verpflichtet.
- (3.7) Bei nicht fristgerechter Übermittlung von Daten bzw. Statistiken durch den AN, ist der AG berechtigt, eine Vertragsstrafe in Höhe von EUR 200,-- pro Einzelfall festzusetzen.
- (3.8) Stellt sich im Fall einer zulässigen Öffnung der Urkalkulation heraus, dass diese nicht oder nicht ordnungsgemäß erstellt und fristgerecht in der dazu vorgesehenen Form vorgelegt wurde, ist der AG berechtigt, eine Vertragsstrafe in Höhe von 2,5 Prozent der Nettoauftragssumme p. a. festzusetzen, sofern wesentliche Mängel der Urkalkulation vorliegen, die die Verhandlungen über eine gegebenenfalls notwendige Preisanpassung zu erschweren geeignet sind.
- (3.9) Bei nicht fristgerechter Durchführung weiterer vertraglicher Leistungen ist der AG berechtigt, eine Vertragsstrafe in Höhe von bis zu EUR 500,-- pro Werktag festzusetzen, falls der AN zuvor bereits vergeblich unter Fristsetzung zur Nachholung seiner Leistungspflichten aufgefordert wurde.
- (4) Die Vertragsstrafen gem. Abs. 3 dürfen pro Vertragsjahr einen Betrag von 5 % der gesamten Jahresvergütung nicht überschreiten. Die maßgebliche Jahresvergütung ermittelt sich aus der Addition der absoluten Entgeltbeträge.
- (5) Bei mehrfacher oder andauernder Vertragsverletzung ist § 16(1.2) Abs. 1.2 anzuwenden.
- (6) Weitergehende Schadensersatzansprüche bleiben durch das Vertragsstrafeversprechen unberührt.
- (7) § 343 BGB wird abbedungen (Angemessenheitskontrolle).

§ 14 Nachträgliche Unterbeauftragung

- (1) Der AN hat die nach diesem Vertrag geschuldeten Leistungen grundsätzlich selbst zu erbringen. Die Weitergabe einzelner Leistungen an Unterauftragnehmer ist nur in den Fällen zulässig, in denen der Unterauftragnehmer seine Eignung (Fachkunde, Leistungsfähigkeit, Zuverlässigkeit) vor Aufnahme des Tätigwerdens nachweist und bedarf der vorherigen schriftlichen Zustimmung des AG, es sei denn, der Unterauftragnehmer wurde bereits im Angebot des AN benannt. Für den Unterauftragnehmer gelten die gleichen Eignungsanforderungen wie für den Hauptauftragnehmer. Der AG wird seine Zustimmung nur aus wichtigem Grund verweigern. § 4 Nr. 4 VOL/B bleibt unberührt.
- (2) Die Zustimmung des AG zum Einsatz eines Unterauftragnehmers ist schriftlich zu beantragen. Dem AG sind zusammen mit der Beantragung entsprechende Unterlagen vorzulegen, damit er die Eignung des Unterauftragnehmers prüfen kann. Der AG wird der Beauftragung des Unterauftragnehmers erst zustimmen, wenn die entsprechenden Unterlagen vorgelegt und geprüft worden sind.
- (3) Der AN hat sicherzustellen, dass sein Unterauftragnehmer die ihm übertragenen Leistungen selbst erbringt. Eine noch weitergehende Unterbeauftragung ist unzulässig. Der AN haftet für die Erfüllung dieses Vertrages auch bei Beauftragung eines Unterauftragnehmers in vollem Umfang.

§ 15 Loyalitätsklausel

- (1) Bei Abschluss dieses Vertrags können nicht alle Möglichkeiten, die sich evtl. aus der künftigen Entwicklung, aus Änderungen von gesetzlichen Bestimmungen oder aus sonstigen für das Vertragsverhältnis wesentlichen Umständen ergeben, vorausgesehen und geregelt werden. Die Vertragspartner sind sich darüber einig, dass für ihre Zusammenarbeit die Grundsätze kaufmännischer Loyalität zu gelten haben. Sie sichern sich gegenseitig zu, die Vertragsvereinbarungen in diesem Sinne zu erfüllen und ggf. künftigen Änderungen der Verhältnisse unter Heranziehung der allgemeinen Grundsätze von Treu und Glauben Rechnung zu tragen.
- (2) Jeder Vertragspartner verpflichtet sich, die vom anderen Vertragspartner schriftlich oder mündlich erhaltenen vertraulichen Informationen und Kenntnisse wie eigene Betriebsgeheimnisse vertraulich zu behandeln und nur für Vertragszwecke zu benutzen.
- (3) Bei Beendigung dieses Vertrages – gleich aus welchem Grund – hat der AN alles Erforderliche und ihm Zumutbare zu tun, damit dem AG oder einem anderen Auftragnehmer die Übernahme der Leistungen in möglichst reibungsloser Form ermöglicht wird.
- (4) Der AN ist weder mittelbar noch unmittelbar dazu berechtigt, gewerbliche Sammlungen im Sinne des KrWG innerhalb des Kreisgebietes zu fördern, zu unterstützen oder selbst durchzuführen. Ausgenommen von vorstehender Regelung sind bereits bestehende gewerbliche Sammlungen.

§ 16 Kündigung aus wichtigem Grund

- (1) Jede der Vertragsparteien hat das Recht, diesen Vertrag aus wichtigem Grund fristlos zu kündigen. Ein wichtiger Grund ist insbesondere in folgenden Fällen gegeben:
 - (1.1) Bei Vorliegen höherer Gewalt, deren Entwicklung sich so gestaltet, dass nach billigem Ermessen weder dem einen noch dem anderen Teil die Aufrechterhaltung des Vertrages auf Dauer zugemutet werden kann;
 - (1.2) wenn durch ein schuldhaftes Verhalten des AN der Vertragszweck so gefährdet wird, dass dem AG die Fortsetzung des Vertragsverhältnisses nicht mehr zugemutet werden kann;
 - (1.3) wenn der AN seine Verpflichtungen nachhaltig nicht erfüllt. Dies gilt insbesondere dann, wenn er nach mindestens zweimaliger Abmahnung seitens des AG nicht die notwendigen Maßnahmen trifft, damit die ordnungsgemäße Vertragserfüllung sichergestellt ist. Die Abmahnungen haben schriftlich zu erfolgen. Zwischen ihnen muss jeweils ein Zeitraum von mindestens einer Woche liegen;
 - (1.4) bei Zahlungsunfähigkeit des AN sowie bei Beantragung eines gerichtlichen Vergleichs- oder Insolvenzverfahrens über das Vermögen des AN;
 - (1.5) bei Abgabe einer eidesstattlichen Versicherung nach den Zwangsvollstreckungsvorschriften der ZPO durch den AN;
 - (1.6) wenn durch gesetzliche Änderungen die in § 17 KrWG geregelten Überlassungspflichten ganz oder teilweise aufgehoben werden und der AG hierdurch einen nicht nur unerheblichen Rückgang von Anschlusspflichtigen und/oder Abfallmengen zu besorgen hat.
- (2) Die Kündigung hat durch Einschreibebrief zu erfolgen.
- (3) Die Kündigung nach Abs. (1.1) kann von beiden Vertragspartnern, nach Abs. (1.2) bis (1.6) nur vom AG vorgenommen werden.

§ 17 Kündigung wegen Rechtsverletzungen

- (1) Gewährt, verspricht oder bietet der AN Personen, die auf Seiten des AG mit der Vorbereitung, dem Abschluss oder der Durchführung des Vertrages befasst sind, mit Rücksicht auf deren Zugehörigkeit zur Verwaltung oder dem Unternehmen des AG oder solchen Personen nahe stehenden Personen, Vorteile im Sinne der §§ 331 ff. Strafgesetzbuch (StGB) an, so ist der AG berechtigt, diesen Vertrag mit oder ohne Einhaltung von Fristen zu kündigen. Gleiches gilt für den Fall, dass er solchen Personen vor Zustandekommen dieses Vertrages derartige Vorteile angeboten, versprochen oder gewährt hat.
- (2) Der AG kann den Vertrag kündigen, wenn sich der AN nachweislich an wettbewerbsbeschränkenden Absprachen im Sinne des § 1 des Gesetzes über Wettbewerbsbeschränkungen (GWB) beteiligt hat, insbesondere mit anderen Bietern oder potentiellen Bietern über die Abgabe oder Nichtabgabe von Angeboten, die zu fordernden Preise, Bindungen sonstiger Entgelte, Gewinnaufschläge, Verarbeitungsspannen und andere Preisbestandteile, Zahlungs-, Lieferungs- oder andere Bedingungen, soweit sie unmittelbar oder mittelbar den Preis beeinflussen, die Entrichtung von Ausfallentschädigungen oder Abstandszahlungen oder Gewinnbeteiligungen oder andere Angaben eine Verabredung getroffen oder eine Empfehlung ausgesprochen hat, es sei denn, dass diese kartellrechtlich zulässig sind.
- (3) Derartigen Handlungen des AN stehen Handlungen von Personen gleich, die auf Seiten des AN mit der Vorbereitung, dem Abschluss oder der Durchführung dieses Vertrages befasst sind oder in dessen Auftrag handeln bzw. gehandelt haben.
- (4) Gibt der AN in seinem Angebot vorsätzlich oder grob fahrlässig unrichtige Erklärungen ab, so berechtigt dies den AG zur Kündigung dieses Vertrages.
- (5) Übt der AG sein Kündigungsrecht gem. Abs. (1), (2) oder (4) aus, so richten sich die Rechtsfolgen nach §§ 8 Nr. 3 und 4 VOL/B.

§ 18 Salvatorische Klausel

- (1) Die Gültigkeit dieses Vertrages wird durch die etwaige Nichtigkeit oder Unwirksamkeit einzelner Vertragsbestimmungen nicht berührt. Gleiches gilt, wenn sich erst nachträglich die Nichtigkeit oder Unwirksamkeit einer Bestimmung ergibt.
- (2) Beide Vertragspartner verpflichten sich, nichtige oder unwirksame Vertragsbestimmungen durch solche zu ersetzen, die dem, mit diesem Vertrag angestrebten, Erfolg sachlich, technisch und wirtschaftlich am nächsten kommen.

§ 19 Schlussbestimmungen

- (1) Die im Inhaltsverzeichnis genannten Anlagen werden Vertragsbestandteil.
- (2) Dieser Vertrag wird zweifach ausgefertigt, wobei jeder Vertragspartner ein Original erhält.
- (3) Sofern in diesem Vertrag nicht ausdrücklich Abweichendes festgelegt ist, werden Mitteilungen, die nach dem Vertrag erforderlich sind, schriftlich übermittelt.
- (4) Änderungen und Ergänzungen dieses Vertrages und Nebenabreden zu diesem Vertrag bedürfen zu ihrer Wirksamkeit der Schriftform; sie sind in einem beiderseits rechtsverbindlich unterzeichneten Dokument und fortlaufender Nummer der Vertragsergänzungen niederzulegen, von dem jeder Vertragspartner ein Exemplar erhält. Das Erfordernis der Schriftform kann nur durch eine schriftliche Vereinbarung der Vertragsparteien aufgehoben werden.

- (5) Im Übrigen gelten die Bestimmungen des Bürgerlichen Gesetzbuches über den Werkvertrag.
- (6) Gerichtsstand für Streitigkeiten aus diesem Vertrag ist Pirmasens.

Pirmasens, den ____ . ____ . ____

_____, den ____ . ____ . ____

Für den AG

[Name]

[Funktion]

Für den AN

[Name]

[Funktion]